

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für
Schule und Weiterbildung
Drucksache 14/9085

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9176

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9201

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen
Klaus Kaiser von der CDU-Fraktion das Wort.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Koll-
ginnen und Kollegen! Die Koalition aus CDU und
FDP hat der Bildungspolitik in der laufenden Legis-
laturperiode die absolute Priorität eingeräumt.
1,5 Milliarden € mehr seit dem Jahr 2005 sind Aus-
druck dieser klaren Prioritätensetzung.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Weihrauch!)

Zum Abschluss des neuen Rahmens unserer Bil-
dungspolitik stehen wir heute vor der Verabschie-
dung des neuen Lehrerausbildungsgesetzes.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Schwenk dein Kes-
selchen!)

Nicht zuletzt die internationale McKinsey-Studie, die
die 25 erfolgreichsten Schulsysteme weltweit vergli-
chen hat, bestätigt uns in unserer Bildungspolitik.
Der Autor ist bekanntlich Chefberater von Tony Blair
gewesen. Von daher steht er nicht im Verdacht,
Parteiläufer dieser Koalition zu sein. Wir fühlen
uns bestätigt: keine ideologische Auseinander-
setzung um Strukturen, sondern dort ansetzen, wo es
wirklich sinnvoll und hilfreich ist. Ich zitiere daher
aus der Studie:

Die zugänglichen Daten legen nahe, dass der As-
pekt, der das Lernen der Schüler in der Schule am
meisten begünstigt, die Qualität der Lehrkräfte ist.
Studien, die alle verfügbaren Daten zur Wirksamkeit
von Lehrern berücksichtigen, deuten darauf hin,
dass Schüler bei guten Lehrern dreimal schneller
vorankommen als Schüler bei schlechten Lehrern.

Weiter heißt es – ich zitiere –:

Die Erfahrungen dieser führenden Schulsysteme
legen nahe, dass es auf drei Dinge ankommt:

1. die richtigen Leute für den Lehrerberuf zu ge-
winnen,
2. sie zu erfolgreichen Lehrern aus- und weiterzu-
bilden,

3. sicherzustellen, dass das System in der Lage ist,
den bestmöglichen Unterricht für jedes Kind an-
zubieten.

(Beifall von der CDU)

Was liegt also näher, als eine Lehrerausbildung
anzustreben, die diese Ziele möglich macht? Ich
kann heute Morgen feststellen: Mit diesem Leh-
rerausbildungsgesetz ist der Landesregierung in
NRW ein großer Wurf gelungen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Koalition ist zuversichtlich, dass das LABG
Nordrhein-Westfalen für viele andere Bundesländer
wegweisend sein wird. Folgende Ziele haben wir
angestrebt:

1. die richtigen Studierenden für das Lehramt zu
begeistern und allen Lehramtsstudierenden
mehr Sicherheit bei der Wahl eines Lehramts-
studiengangs zu geben,
2. das Studium insgesamt praxisnäher zu gestal-
ten,
3. die neue Lehrerausbildung mit dem Bologna-
Prozess und mit der Hochschulfreiheit kompatibel
zu machen,
4. die Stärkung aller an der Lehrerausbildung Be-
teiligten, die Stärkung der Lehrerbildungszentren
an den Universitäten im Einklang mit dem Hoch-
schulfreiheitsgesetz – das hat die Opposition
noch nicht richtig verstanden –,
5. Die Straffung und Stärkung der zweiten Ausbil-
dungsphase, nämlich der Zusammenarbeit von
Seminaren und Universitäten auf Augenhöhe mit
dem Ziel der Qualitätsverbesserung in der ersten
und der zweiten Phase.

(Beifall von CDU und FDP)

6. Wir stellen – und das unterscheidet uns von
allen Lehrerausbildungsgesetzen der Vorgänger-
regierungen – für die notwendigen Prozesse die
entsprechenden Ressourcen bereit. Das Ganze
ist durchfinanziert.
7. Wir haben ein schlankes Gesetz und eine
schlanke Verordnung vorgelegt, und wir verzich-
ten auf zu detaillierte Steuerung im Sinne einer
lernenden Organisation und eines modernen
Verwaltungs- und Administrationsverständnis-
ses. Das heißt, wir schaffen bewusst Freiräume,
die noch auszugestalten sind. Das wird der Re-
form insgesamt guttun.

Seitens der Koalitionsfraktionen bedanken wir uns
sehr herzlich bei den beiden beteiligten Ministerien,
zunächst bei Herrn Minister Professor Pinkwart und
bei Frau Ministerin Sommer, die beide persönlich
dafür gestanden haben, dieses schwierige und
komplexe Reformwerk erfolgreich über manche
Hürde zu bringen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich erlaube mir auch, seitens der Koalitionsfraktionen den Mitarbeitern beider Ministerien sehr herzlich zu danken, weil sie für Fragen und Diskussionsbeiträge in unseren Arbeitskreisen stets ansprechbar waren. Ihre Unterstützung war ein wesentlicher Beitrag dazu, dass wir dieses erfolgreiche Reformwerk vorantreiben können.

(Beifall von CDU und FDP)

Das allein reicht aber natürlich nicht. Vielmehr muss man auch das Echo in der Fachwissenschaft zur Kenntnis nehmen. Prof. Baumert spricht von den großen Vorzügen der Reform. Auch Frau Dr. Brauns vom Wissenschaftsrat sagt, dieses Gesetz begrüße sie, weil es – ich zitiere wörtlich – „in den wichtigsten Punkten mit seinen Empfehlungen übereinstimmt“. Es wird also das, was wissenschaftlich vorgedacht wird, gesetzlich umgesetzt.

„Die Zeit“ steht bekanntlich nicht im Verdacht, das Parteiorgan von FDP oder CDU zu sein. In ihrer Ausgabe vom 4. Dezember 2008 heißt es:

Schaut auf NRW!, will man den Kultusministern der anderen Länder zurufen. Hoffentlich tun sie es. Dann könnte er doch noch um sich greifen, der überfällige Neuanfang in der Lehrerbildung.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren von der Opposition, auf diesen Neuanfang wollen Sie verzichten. Das verstehe ich nicht.

Ich möchte zwei Aspekte aufgreifen, die Sie mit Ihrer Kritik häufig angegriffen haben.

Ich beginne mit dem Eignungspraktikum. Der Begriff allein ist Beleg dafür, dass wir im Laufe des Gesetzgebungsprozesses sehr wohl auf Anregungen und Überlegungen reagiert und den Gesetzentwurf auch inhaltlich weiterentwickelt haben. Das Ergebnis haben wir gestern im Ausschuss mit einem entsprechenden Änderungsantrag festgehalten. Wir halten an der Vorgabe eines Praktikums fest, das die zentrale Frage der Berufseignung – das ist auch das, was McKinsey angesprochen hat – in den Mittelpunkt stellt.

Wer dieses Eignungspraktikum ablehnt, muss uns die Frage beantworten, wann sonst im Rahmen der Ausbildung die von Wissenschaft und Praxis als hoch wichtig angesehene berufliche Eignung reflektiert werden soll und ob diese Frage weiterhin an den Schluss der Ausbildung verbannt werden soll, was aus menschlicher Sicht häufig zu Fehlverhalten geführt hat und fachlich unverantwortlich ist. Natürlich stellen wir auch hierfür die benötigten Ressourcen bereit; das ist in der Erläuterung zum Gesetz entsprechend festgehalten.

Ein zweiter Kritikpunkt, den die Opposition gerne aufgreift, ist das Praxissemester. Auch diesbezüg-

lich betreten wir Neuland. Es wird deutlich, dass Sie nicht Schritt halten mit den Reformüberlegungen. Die Deutsche Hochschulrektorenkonferenz gibt uns Recht. Ich zitiere:

Aus Sicht des Präsidiums der HRK weist der Ansatz Nordrhein-Westfalens in die richtige Richtung. Vorbildlich erscheint daran, dass ein Praxissemester im Master als Teil der Hochschulausbildung unter Nutzung von Leistungen der Zentren für schulpraktische Lehrerbildung durchgeführt wird.

Wir haben also eine Verzahnung von Theorie und Praxis, und wir haben ein Zusammengehen von Hochschulen und Seminaren auf Augenhöhe. Das ist ein sensationeller Schritt nach vorne

(Beifall von CDU und FDP – Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist nicht mehr als eine Hoffnung!)

und zeigt klare Verantwortlichkeiten für beide Seiten. Das ist etwas, was Sie sich nicht vorstellen können, weil Sie bei Schulen zwar immer von Freiheit und Selbstständigkeit sprechen, diese bei Hochschulen aber ablehnen. Das ist ein Widerspruch Ihrer Politik. Entweder will man Aushandlungsprozesse auf Augenhöhe organisieren oder weiterhin dirigistisch von oben eingreifen. Sie stehen für die alte Welt des dirigistischen Eingreifens, und wir stehen für die neue Welt der Zielvereinbarungen und des gegenseitigen Aushandelns.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie kritisieren die Verkürzung des Referendariats, die wir für sinnvoll halten. Sie polemisieren und tun so, als wäre schon beschlossen, dass sofort auf zwölf Monate verkürzt wird. Wir gehen aber zunächst auf 18 Monate und werden dann evaluieren und sehen, wie es weitergeht. Es wird ein Prozess beschrieben. Das verstehen Sie aber nicht; das merkt man an Ihrer polemischen Kritik.

Uns unterscheidet überdies von der Opposition, dass wir den gesamten Reformprozess von 2010 bis 2015 mit Ressourcen hinterlegt haben; es stehen 100 Millionen € zusätzlich bereit. Dafür herzlichen Dank an den Finanzminister!

(Beifall von CDU und FDP)

Dadurch können wir gewährleisten, dass es in der Lehrerbildung in Nordrhein-Westfalen mehr Qualität geben wird.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist eine Hoffnung!)

Was hat die Opposition uns hinterlassen? – Es gibt ein Lehrerbildungsgesetz aus 1998, eines aus 2002, und es gibt eine Lehrerprüfungsordnung aus 2003. Außerdem gibt es noch zwei Modellversuche, deren rechtliche Grundlagen ausführlicher sind als unser ganzes Gesetz und die dazugehörige Verordnung. Sie leben in einer alten Welt. Sie haben ein Chaos hinterlassen und es nie geschafft, unse-

rer Lehrerausbildung eine Philosophie zu geben. Wir schaffen – und das ist revolutionär in Deutschland – eine einheitliche Ausbildungszeit für alle Lehrämter.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben die Gleichbedeutung von Grundschullehramt und Gymnasiallehramt, und Integrationsleistung ist Teil der Ausbildung. Wir haben es weiterhin geschafft zu sagen: Wir brauchen eine bessere Diagnosekompetenz. Wenn Sie herummäkeln, als Lautsprecher für einzelne Kritiken herumlaufen und glauben, all das müsste nur vor dem Hintergrund der Einheitsschule betrachtet werden, merkt man, dass Sie sich in dieser Frage vollkommen vergaloppiert haben. Schade, Sie haben eine gute Chance vertan.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir stehen für die modernste Lehrerausbildung in Deutschland und werden darauf eine entsprechende Resonanz erfahren. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kaiser. – Für die SPD spricht Frau Dr. Boos.

(Unruhe – Glocke)

Dr. Anna Boos (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wirklich die Frage, wer hier die Chance vertan hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Unserer Meinung nach ist ganz deutlich, dass dieser Gesetzentwurf eine große Chance vertan hat. Sie haben bei der Lehrerausbildung mit der Einsetzung der Baumert-Kommission gut begonnen. Auch die Einführung gleich langer Ausbildungszeiten für die Lehrämter begrüßen wir. Das ist nicht Philosophie, sondern einfach nur logisch. Alles andere bleibt aber hinter den Erwartungen zurück.

Die Rahmenbedingungen für die Lehrerausbildung werden nicht in der Weise verbessert, dass sie zukunftsfähig sind. Der vorliegende Gesetzentwurf bedarf deshalb schlicht und einfach einer grundlegenden Überarbeitung. Ziel sind nicht nur gute, sondern bestens ausgebildete und motivierte Lehrer. Denn sie sind es, die unsere Kinder für ein immer anspruchsvoller werdendes Leben ausbilden und sie auf ihrem Weg ins Leben unterstützen.

Ein erstes Beispiel für Licht und Schatten – so haben wir auch Punkt I unseres Entschließungsantrags genannt –: Die Lehrerausbildung wird auf Bachelor/Master-Strukturen umgestellt. In der Anhörung der Experten, insbesondere der Hochschulexperten, wurde deutlich, dass diese Umstellung als

gut durchführbar akzeptiert, gewollt ist und dringend gemacht werden muss.

Doch der Bologna-Prozess sieht mit der Umstellung auf diese Struktur einen Bachelor mit erster Berufsqualifizierung vor. Ein Bachelor soll eine echte Möglichkeit darstellen, in das Berufsleben zu starten. Alternativ soll der Bachelor die Chance bieten, polyvalent verschiedene Masterstudien on top zu ermöglichen. Diese Möglichkeit der Polyvalenz ist durch den vorliegenden Gesetzentwurf nicht erreicht. Da wird gesagt, die Berufsfelder werden sich schon definieren, wenn die Personen vorhanden sind. Aber das bedeutet doch, es wird sich irgendetwas für die Bachelor-Absolventen ergeben, und das ist meiner Meinung nach dann ein Feldversuch mit Studierenden.

(Britta Altenkamp [SPD]: Allerdings!)

Ein zweiter Aspekt mit Licht und Schatten: Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf wird eine gleich lange Ausbildung für alle Lehrämter eingeführt. Nach unserer Meinung ist es ein wichtiger Schritt, allen Lehrern und Lehrerinnen eine gute Ausbildung zukommen zu lassen – ohne Unterschiede zwischen der Grundschule sowie der Sekundarstufe I und II. Es wäre heute auch nicht mehr begründbar, dass gerade für diese Arbeit in den Grundschulen eine kürzere Ausbildungszeit erforderlich sein soll. Grundschulen sind wichtig.

Aber dann wird es im Gesetzentwurf ganz dunkel. Denn durch dieses Gesetz sollen wirklich und wahrhaftig schulformbezogene Lehrämter festgeschrieben werden. Es ist kaum zu glauben und bleibt völlig im Dunkeln, warum man so etwas in einem Gesetz aus dem Jahre 2009 festschreiben will.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der Schulformbezug wurde nicht zugunsten eines Schulstufenbezugs überwunden. Er wurde sogar im Gegenteil noch verschärft. Sinnvoll wäre jedoch eine Stufenlehrausbildung, die sich auf die Primarstufe sowie auf die Sekundarstufe I und II bezieht.

(Ralf Witzel [FDP]: Einheitsschule!)

Professor Baumert hat an dieser Stelle übrigens darauf hingewiesen, dass es sich um eine politische und nicht um eine sachliche Entscheidung handelt. Was es für die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen bedeuten wird, dass demnächst alle eine gleich lange Ausbildungsdauer haben, darüber schweigt sich die Koalition bisher aus.

Drittens. Eine Kooperation der unterschiedlichen Institutionen im Rahmen der Lehrerausbildung wird durch die Hochschulautonomie einerseits und die staatlich notwendigen Reglementierungen der Lehrerausbildung auf der anderen Seite nicht erleichtert.

So begrüßen wir die Zentren für Lehrerbildung ausdrücklich. Nach § 30 Hochschulgesetz wird eine Satzung für diese Zentren eingefordert, die deren Kooperation regelt. Es gibt aber für diese Satzung keine Vorgaben und keine Ausgestaltung. Daher stellen sich Fragen. Wie wird zum Beispiel eine adäquate Betreuungsrelation zwischen Hochschulpersonal und Lehramtsstudenten und -studentinnen sichergestellt? Wie werden die Fachbereiche angebunden? Wie wird die Fachdidaktik angebunden? Wie wird Forschung in diesem Bereich befördert?

Wir wissen alle, dass die Lehrerbildung durch die Dominanz der Forschung über die Lehre und den Kampf um das Einwerben von Drittmitteln ein eher ungeliebtes Kind geworden ist. Die Lehrerbildung wird sich an vielen Standorten für ihre Daseinsberechtigung immer wieder positionieren müssen. Einen gestalterischen Willen im Sinne der Lehre lässt der Gesetzentwurf vermissen. Die Antwort der Regierung erfolgt darauf ideologisch als übliches Laissez-faire. Ober besteht einfach kein Interesse?

Die Auswertung der Anhörung ist übrigens erst in einem zweiten Anlauf gelungen. Denn die Beteiligung der regierungstragenden Fraktionen war mit fünf anwesenden Landtagsabgeordneten aus zwei Ausschüssen niederschmetternd gering, und ein zweiter Sitzungstermin wurde nötig. Laissez-faire auch an dieser Stelle?

Die Hochschulen brauchen mehr Zeit und mehr Ressourcen, um die Lehrerbildung auf neue Füße zu stellen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP]: Sie waren doch gestern nicht vertreten!)

– Ich rede von der Lehrerbildung, die Ihnen ja so wichtig ist. – Ein Schnellschuss, wie er heute vorliegt, ist ganz und gar nicht im Sinne der Hochschulen und schon gar nicht der Studierenden. Das bald anstehende Ende der Legislaturperiode ist überhaupt kein Grund, jetzt ein nur halb fertiges und halb durchdachtes Gesetz durch den Landtag zu drücken. Vernünftige Ergebnisse brauchen eben auch mehr Zeit – mehr Zeit, um zum Beispiel die Akkreditierung der Studiengänge nicht im Schnell-durchgang durchführen zu müssen.

An mehreren Stellen berücksichtigt der Entwurf nicht die realen Voraussetzungen der Hochschulen oder der Studierenden. Die Durchlässigkeit ist zu gering. Quereinsteiger werden zu wenig berücksichtigt. Eine Qualifizierung durch ein drittes Fach ist im Gesetzentwurf nicht vorgesehen. Wie werden die verschiedenen Praxisphasen im Studium ausgestaltet? Weiterhin ist noch zu klären, wie die Kooperation der verschiedenen Phasen der Lehrerbildung inhaltlich und auch in Hinsicht auf die Ressourcen funktionieren soll.

Abschließend möchte ich zu einem Knackpunkt kommen, den mein Kollege Trampe-Brinkmann in

der weiteren Debatte noch beleuchten wird. Allein dieser Punkt wäre Anlass genug, um den Gesetzentwurf grundlegend zu überarbeiten. Gemeint sind die verschiedenen Praxisphasen und der bedarfsdeckende Unterricht im Rahmen der Lehrerbildung. Mehr Praxis und mehr Praxisnähe sind auf jeden Fall wünschenswert; sie werden auch von Professor Baumert gefordert. Allerdings fordert Professor Baumert nicht mehr, sondern bessere Praxis. Auch hierzu gibt es viele Fragen: Wie erfolgt die Arbeitsverteilung zwischen Schule und Hochschule beim Eignungspraktikum? Wer trägt welche Kosten? Warum gibt es hierfür keinen Testlauf in kleinem Rahmen? Wie erfolgt die fachliche Evaluation?

Für das Praxissemester gilt Ähnliches: Auch hier sind viele Fragen ungeklärt.

Insbesondere geht es aber auch um die finanziellen Probleme für die Studierenden. Wie wirken sich zwei Stunden Fahrzeit täglich finanziell aus? Die Studierenden werden vor große Probleme gestellt, auch deshalb, weil in dieser Phase des Studiums eine eigene Erwerbstätigkeit nicht möglich ist. Gerade in Zeiten von Studiengebühren ist die Erwerbstätigkeit aber noch bedeutender geworden.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Die Dauer des Vorbereitungsdienstes soll auf zwölf Monate verkürzt werden. Auch dies halten wir für falsch. Eine qualifizierte Ausbildung, während der auch noch bedarfsdeckender Unterricht erteilt wird, ist unserer Meinung nach in zwölf Monaten nicht möglich. Entsprechend plädieren wir für 18 Monate.

Wir befinden uns hier im Einvernehmen mit vielen Experten aus der Anhörung. Zitat von Professor Baumert: „Wenn sie schon im Gesetzentwurf steht, würde ich die Mindestdauer betonen.“

Der Gesetzentwurf ist an vielen Stellen nicht konkret. Viele Fragen bleiben unbeantwortet. Das Gesetz wird in der vorliegenden Form der anspruchsvollen Aufgabe überhaupt nicht gerecht. Es ist zu schnell und zu kurz gesprungen.

Stimmen Sie unserem Entschließungsantrag zu! Wir können dem Gesetzentwurf dann die Zeit geben, die wir brauchen, um die Lehrerbildung zukunftsweisend zu reformieren. Alles andere wäre schlecht für Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Boos. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich über die zweite Lesung des Gesetzentwurfs zur Reform der Lehrerbildung gerade heute und danke allen Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfaktionen

sowie den beiden Ministern der Landesregierung ganz besonders herzlich für dieses perfekte Geburtstagsgeschenk. Vielen Dank!

(Beifall von FDP und CDU)

Ein Unterricht ist immer nur so gut wie die Lehrer, die ihn gestalten. Daher ist das neue Lehrerausbildungsgesetz ein Meilenstein für Nordrhein-Westfalen und die Voraussetzung dafür, die Qualität des Unterrichts in den Mittelpunkt zu stellen. Wir schaffen eine moderne Lehrerausbildung, um die uns die anderen Bundesländer schon bald beneiden werden.

Ich möchte hier – mit Erlaubnis des Präsidenten – aus der Stellungnahme von Herrn Prof. Dr. Ralle von der Technischen Universität Dortmund zitieren, der gesagt hat:

Als Meilensteine für die weitere Entwicklung der Lehrerbildung in NRW und damit auch in Deutschland können aus meiner Sicht die folgenden Punkte gelten: gleiche Umfänge der Studiengänge in den verschiedenen Lehrämtern, kontinuierliche Praxisausbildung mit Einführung eines Praxissemesters, besondere curriculare Hinwendung zur Primarstufenausbildung, Einführung zweier zentraler Querschnittsqualifikationen für alle Lehrämter (Deutsch für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte; Diagnostik und Förderung).

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin überzeugt, dass vor allem die Gleichwertigkeit der Lehrämter ein wichtiger Schritt ist. Wir stärken massiv die Primarbildung. Gerade diese Stärkung ist ein wichtiger Baustein in der individuellen Förderung. Je früher wir die Kinder konsequent fördern, desto besser können wir frühzeitig milieuspezifischen sozialen Problemen entgegenwirken. So erhalten alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft eine faire Chance, ihr Potenzial zu entfalten und sich im Leben zu behaupten. Wir ergreifen mit der neuen Lehrerausbildung auch den entscheidenden Schlüssel zur besten Gestaltung der Sozialpolitik. Wir stärken den Unterricht und damit die Bildung. Wir erhöhen mit der Stärkung der Primarbildung auch die Attraktivität des Grundschullehramts, um die geschlechtsspezifische Ausgewogenheit in den Lehrerkollegien an den Grundschulen endlich zu verbessern. Es gehören mehr Männer in die Grundschulen.

Um all diesen Ansprüchen zu genügen, ist es wichtig, dass wir das jeweilige Kind und seine individuellen Talente in den Blick nehmen. Mit der Stärkung der diagnostischen Kompetenz und der Fachdidaktik sowie dem Ausbau der Bildungswissenschaften nehmen wir diese Individualität in den Blick, statt einer ideologischen Einheitslösung das Wort zu reden.

Hierzu möchte ich Prof. Baumert zitieren, der ausgeführt hat: „Vielmehr sollte stattdessen eine spezifische fachliche Ausbildung absolviert werden, die

auf das Berufsfeld bezogen ist.“ Genau diesen Weg beschreiten wir mit dem Schulformbezug.

Und wir reagieren auf die Veränderungen in der Gesellschaft. Viele Kinder in Nordrhein-Westfalen haben heute einen Migrationshintergrund. Das bedeutet vielfach, dass die Beherrschung der deutschen Sprache an Grenzen stößt. Was wir mit den Sprachstandsfeststellungen begonnen haben, führen wir mit der neuen Lehrerausbildung konsequent fort. Mit der Einführung der Qualifikation „Deutsch für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte“ stärken wir für diese wachsende Gruppe die Chancengerechtigkeit und die Möglichkeit zur Entfaltung aller Talente, unabhängig von ihrer Herkunft.

Meine Damen und Herren, ein zentrales Element der neuen Lehrerausbildung bilden ohne Zweifel die Praxisphasen. Wir schärfen den angehenden Lehramtsstudenten durch das Eignungspraktikum frühzeitig den Blick für ihre zukünftigen Aufgaben. So können sie prüfen, ob sie für einen der verantwortungsvollsten Berufe, die es gibt, geeignet sind.

Dass die Koalitionsfraktionen mit den Änderungsanträgen eine weitere Stärkung der Praxiselemente vorgenommen haben, ist aus meiner Sicht ausdrücklich zu begrüßen.

Durch die Polyvalenz des Studiums stellen wir sicher, dass die Entscheidung eines Studenten gegen die Fortführung eines Lehramtsstudiums nicht eine Studienzeitergeudung bedeuten muss. Wir eröffnen den Studenten, wenn sie sich für den Lehrberuf ungeeignet fühlen, eine andere Perspektive. Sie müssen nicht mehr aus organisatorischen Gründen das Studium beenden und an die Schulen gehen, auch wenn sie für den Beruf des Lehrers gar nicht „brennen“. Denn nur die Sache, für die man „brennt“, macht man auch gut. Ich finde, das ist eine richtige Konsequenz, die sicherlich dafür sorgen wird, dass wir künftig Lehrerinnen und Lehrer haben, die ihren Beruf lieben, die Kinder lieben und die ihre Sache richtig gut machen werden.

Abschließend möchte ich noch einmal Prof. Baumert zitieren, der gesagt hat: Diese Ausbildungsreform „gibt dem größten Bundesland Nordrhein-Westfalen die Chance, in der Lehrerbildung eine proaktive und möglicherweise führende Rolle einzunehmen.“ Unser Ehrgeiz ist es, nicht nur möglicherweise, sondern sicher mit diesem Gesetzentwurf die führende Rolle in der Lehrerbildung zu übernehmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, hoffe und bin zuversichtlich, dass auch die anderen Bundesländer auf der Grundlage unseres Gesetzentwurfes bald nachziehen werden.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. Von mir persönlich herzlichen

Glückwunsch zum Geburtstag nachträglich! Ich habe gerade erst davon gehört, weil ich heute Morgen nicht im Raum war.

Es spricht als Nächste für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, schon am Pult stehend, Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident. – Frau Kollegin Pieper-von Heiden, Glückwunsch, aber der Geburtstagsweihrauch ist verzogen. Jetzt müssen wir leider zu der fachlichen Diskussion zurückkommen.

Gute Lehrerinnen und Lehrer braucht das Land, gute Lehrer/-innen brauchen vor allen Dingen die Schülerinnen und Schüler. Oft genug ist es eine Schicksalsfrage, welche Schule ein Kind besuchen kann und auf welche Lehrpersonen es dabei trifft.

Ob bei dem Feldversuch „Reform des Lehrerausbildungsgesetzes“, den CDU und FDP mit Hochschulen, Seminaren und Schulen veranstalten wollen, am Schluss wirklich gute Lehrkräfte herauskommen, das muss allerdings mit vielen dicken Fragezeichen versehen werden. Eigentlich hatten Sie gut begonnen, indem Sie eine hochkarätige Expertenkommission einberufen haben. Allerdings würde die dann gleich mit einem Denkverbot bezüglich der zweiten Phase, bezüglich der Schulstrukturfragen versehen; es könnte ja etwas dabei herauskommen, was nicht in die schwarz-gelbe Schulform-Käseglocke passt.

Nach dem Kommissionsbericht begann die Zeit des Wartens. Mehrfach wurden Pressekonferenzen abgesagt, weil sich Schul- und Wissenschaftsministerium nicht einigen konnten. Und daran krankt dieser Gesetzentwurf noch heute. Das Hochschulfreiheitsgesetz und die staatliche Verantwortung für die Lehrerausbildung sind nur schwerlich in dieser Form zusammenzubringen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Expertinnenanhörung hat die Knackpunkte noch einmal sehr deutlich werden lassen. Eine Leitidee im Kommissionsbericht hieß „bessere Praxis“. Ein Sammelsurium unverbundener Praxiselemente ohne konsistente Beratung war damit sicherlich nicht gemeint. Schon gar nicht gemeint war damit, die zweite Phase auf zwölf Monate zu stutzen und zu meinen, das könne durch ein Praxissemester in der vorgelegten Form kompensiert werden, dessen Chaospotenzial für die Hochschulen, Seminare und Schulen noch einiges in petto hat.

Auch das hat die Expertinnenanhörung noch einmal unterstrichen: Handlungskompetenz zu vermitteln, dafür sind die Universitäten am schlechtesten ausgestattet. Also starten demnächst Absolventinnen dieses Reformversuches von null auf hundert in den bedarfsdeckenden Unterricht, geben Zensuren, entscheiden damit über Schullaufbahnen und Ab-

schlüsse. Dass sie das dann alle wirklich verantwortlich können, das muss in der Tat bezweifelt werden.

CDU und FDP lassen es auf einen Feldversuch auf dem Rücken der Schülerinnen ankommen, bei denen sich die Konflikte dann abladen werden – natürlich auch auf dem Rücken der Schulen. Die angekündigte Evaluation ist ein Witz. Sie greift erst dann, wenn das Kind gegebenenfalls schon in den Brunnen gefallen ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer einmal genau in den Vortext des Gesetzes schaut, der wird sehen: Sie provozieren mit Ihrem Entwurf eine massive Unterrichtslücke bei der Phasenumstellung. So rechnen Sie selbst vor: Es wird ein Stellenäquivalent von 634 Stellen beim bedarfsdeckenden Unterricht zu ersetzen sein. Woher nehmen und nicht stehlen, wo wir jetzt schon einen eklatanten Fachlehrkräftemangel haben?

Werden die Erfahrungen aus den Seminaren ernst genommen, dass bis zu 40 % der Lehramtsanwärter/-innen gar nicht in den BdU starten, dann wird es die Schulen noch einmal eiskalt erwischen, wenn von heute auf morgen die geplante Unterrichtsversorgung platzt.

Die Mehrkosten, die Sie für die Reform aufbringen, sind in erster Linie die Kosten für die Verlängerung des Studiums, um alle Lehrämter auf gleiche Ausbildungslänge zu bringen. Das ist allerdings ein Reformbaustein, den wir ausdrücklich begrüßen. Nur: Wer A sagt, muss auch B sagen und sich jetzt schon festlegen, was das für Besoldungskonsequenzen hat. Darum drücken Sie sich jedoch. Oder wollen Sie etwa eine Angleichung nach unten? Das werden wir von Ihnen heute hoffentlich endlich einmal verbindlich hören, wohin es geht.

Wer Ihr Finanztableau im Gesetzentwurf genauer unter die Lupe nimmt, stellt darüber hinaus fest, dass es nicht mehr, sondern weniger Mittel, nämlich – roundabout – knapp 50 Millionen € für die Praxis gibt. Die Praxis finanzieren Sie hauptsächlich aus den eingesparten Bezügen von Lehramtsanwärter(inne)n der zweiten Phase. Das muss auch einmal ganz deutlich gesagt werden.

Ich bin Herrn Kaiser dankbar für den Begriff, den er gestern in den abschließenden Beratungen im Schulausschuss benutzt hat. Er sagte: Wir haben das Praktikum neu designed. – Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, „umdesignen“ hilft nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Schöne Begriffe und Überschriften helfen nicht, wenn das Fundament nicht stimmt. Das Schulgesetz lässt grüßen. Ihr Designmodell der ständischen Gesellschaft taugt nicht für ein Schulsystem und schon gar nicht für eine zukunftsgerichtete Lehrerausbildung.

Mit dem anachronistischen Masterprofil Hauptschule und Realschule bewegen Sie sich am Rande der Lächerlichkeit. Herr Pinkwart, das müsste doch zumindest Ihnen in dieser Veranstaltung peinlich sein.

Zu dem Problempotenzial in Bezug auf die Hochschulen und die unterschiedlichen Vorstellungen zu Lehrerausbildungszentren und Kooperationen mit dem Zentrum für Lehrerausbildung spricht gleich meine Kollegin. Aber schon aufgrund der bis jetzt dargestellten Unzulänglichkeiten kann es keine Zustimmung der Grünen zu diesem Gesetzentwurf geben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beginne mit einem Bekenntnis, das die Bildungspolitik der Landesregierung nachhaltig prägt: Wir wollen, dass jedes Kind, dass jeder Jugendliche unabhängig von seiner Herkunft seine Chancen, seine Talente nutzen und entfalten kann!

Im Interesse dieses Zieles haben wir in den letzten vier Jahren große Vorhaben in der Bildungspolitik auf den Weg gebracht. Ich nenne das neue Schulgesetz, das Kinderbildungsgesetz und das Hochschulfreiheitsgesetz. Sie alle vereint die Absicht, die Lebenschancen unserer Kinder zu verbessern, indem wir Vierjährige bereits systematisch sprachlich fördern, indem individuelle Förderung zum Grundprinzip des Lernens gemacht wird – keiner, meine Damen und Herren, geht verloren –, indem Diagnosekompetenzen an Erzieher/-innen und Lehrkräfte vermittelt werden, indem Vielfalt als Chance und Herausforderung betrachtet wird, indem zuerst die Stärken des Einzelnen im Mittelpunkt stehen und nicht die Defizite.

Dies macht konsequenterweise eine Neugestaltung der Lehrerausbildung notwendig. Mir als Schulministerin geht es mit diesem Entwurf zur Reform der Lehrerausbildung darum, künftige Lehrkräfte noch besser auf ihre Anforderungen vorzubereiten. Dabei darf nicht übersehen werden: Unsere Lehrerinnen und Lehrer leisten schon jetzt ganz überwiegend hervorragende Arbeit, wofür ich ihnen an dieser Stelle ausdrücklich danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Lehrerinnen und Lehrer stellen keine Güter her, deren Qualität oder Nichtqualität man vielleicht hinnehmen könnte, sondern sie unterrichten, sie erziehen und – das heißt für unsere Kinder – sie gestalten Zukunft. Damit werden in diesem Beruf beson-

dere Anforderungen an die Eignung gestellt. Deshalb habe ich mich im Gesetzgebungsprozess von Anfang an dafür eingesetzt, dass die Eignung für den Lehrerberuf möglichst vor Beginn eines Lehrerstudiums geprüft werden soll.

Ich bin sehr einverstanden damit, dass die zuständigen Ausschüsse des Landtages dieses Ziel genauer gefasst haben. Wer Lehrerin, wer Lehrer werden will, soll frühzeitig wissen, auf welche beruflichen Anforderungen er bzw. sie sich einlässt. Dazu gehören sicherlich nicht nur fachliche Anforderungen. Deshalb werden wir die Praxisanteile vor, während und nach der universitären Phase besser aufeinander abstimmen und ihren Ertrag durch eine intensive Betreuung optimieren.

Der Lehrerberuf birgt hohe Verantwortung, gleich in welcher Schulform. Nach außen hin bringen wir dies durch eine gleich lange Studienzzeit zum Ausdruck. Niemand im Lande soll mehr sagen: Ach, du bist ja nur Grundschullehrer, du machst ja nur Grundschule. – Ich danke ausdrücklich der Fraktion der Grünen, die dieses in ihrem Entschließungsantrag gewürdigt hat.

Meine Damen und Herren von der Opposition, an dieser Stelle kann ich mir die Bemerkung nicht verkneifen: Der von Ihnen bereits im LABG 2002 angelegte Schulformbezug – man höre: Schulformbezug – wird nun profiliert und geschärft.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch gibt es kein Nebeneinander, kein Nacheinander oder gar ein Gegeneinander von Bildungsphasen zwischen Universität und schulpraktischer Ausbildung mehr. Wir wollen ein Miteinander, mit klaren Abgrenzungen und Verantwortlichkeiten, weil wir das gleiche Ziel haben. Ein Beispiel dafür ist das Praxissemester im Masterstudium. Ich sehe mit Freude, dass diese Perspektive mehr und mehr positiv gesehen wird.

Eine unserer wichtigen Aufgaben wird sein, die Fachdidaktik flächendeckend zu stärken. Das ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Sicherung von Qualität in der Lehrerausbildung. Wobei wir bei aller Fachlichkeit, meine Damen und Herren, nicht vergessen dürfen: Es geht uns um den ganzen Menschen und die Herausbildung seiner Gesamtpersönlichkeit. Die beschränkt sich keineswegs nur auf Wissen.

Eine so große Aufgabe wie die jetzt anstehende Reform der Lehrerausbildung ist nicht an einem Tag oder in einem Jahr zu bewältigen. Zunächst erhalten die Hochschulen die notwendige Zeit zur Umstellung und – besonders wichtig – für die Akkreditierung der neuen Studiengänge. Der obligatorische Umstellungszeitpunkt 2011 gesteht sogar deutlich mehr Zeit zu als gefordert.

Wir werden die Entwicklung begleiten und unterstützen, auch – das sei deutlich unterstrichen – mit

ausreichenden Mitteln für Schulen und Hochschulen. Die Landesregierung hat hier Zusagen gemacht, und sie steht dazu. Erstmals – das darf ich an dieser Stelle sagen – gibt es Mittel sogar für Praxisphasen. Das hat es bisher nie gegeben.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wenn wir schon über Zeit sprechen: Ich erwarte von der Opposition natürlich keinen enthusiastischen Zuspruch zu dieser Reform. Aber vor dem Hintergrund, dass wir zwei Jahre an diesem Projekt gearbeitet, miteinander gesprochen, uns ausgetauscht, gegenseitig Neues und Bekanntes eingebracht haben, frage ich Sie: Warum haben Sie während dieser Zeit nicht einen eigenen Reformvorschlag gemacht? Warum ist Ihnen immer nur daran gelegen, an Klein-Klein-Kritik haften zu bleiben? An dieser Stelle hätte ich auch etwas von Ihrer Seite erwartet.

(Sigrid Beer [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Sehr geehrte Frau Beer, ich werde wie immer Ihre Frage nicht beantworten wollen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Vielleicht liegt es daran – das ist meine große Mutmaßung –, dass Sie selbst insgeheim wissen, was Prof. Baumert gesagt hat. Ich wiederhole es, Frau Pieper-von Heiden hat es eben angesprochen: Nordrhein-Westfalen kann mit dem neuen Lehrerausbildungsgesetz eine proaktive, sogar führende Rolle in Deutschland einnehmen. Dafür gibt es Anzeichen aus verschiedenen Bundesländern.

Meine Damen und Herren, arbeiten wir daran dass aus diesem „kann“ ein „wird“ wird. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Sommer. – Für die SDP-Fraktion spricht Herr Kollege Trampe-Brinkmann.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Sommer, ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie dem Eindruck, den die Kollegen der Regierungskoalition hier hinterlassen haben, dass unsere Lehrer an den nordrhein-westfälischen Schulen keine gute Arbeit leisten würden, ein Stück weit widersprochen und sie für ihr bisheriges Tun ausdrücklich gelobt haben.

(Beifall von der SPD)

Auch wenn Herr Lindner gerade nicht zuhört:

(Christian Lindner [FDP]: Sehr aufmerksam!)

Man kann dieses Gebrabbel von der Einheitsschule langsam nicht mehr hören. Herr Lindner, wenn Sie ein Einheitstrauma haben, machen Sie mit dem Lehrerausbildungsgesetz in der Form weiter, bauen

Sie weiter Mauern auf, verhindern Sie Durchlässe und leben Sie weiter in Ihrer Dreigliedrigkeit, die nicht zeitgemäß und zukunftsweisend ist.

(Beifall von der SPD)

Ihren Gesetzentwurf muss man wohl eher mit einem Hausbau vergleichen. Er gleicht einem Rohbau, an dem uns auch aus Sicht der Opposition im Augenblick drei Geschichten gefallen: Erstens. Es gefällt uns, dass wir über alle Lehrämter eine gleich lange Ausbildungsdauer haben. Zweitens. Wir sind damit einverstanden, dass die Zentren für Lehrerbildung an den Universitäten eingerichtet werden. Drittens. Wir haben uns auch nicht dagegen gesträubt, dass mit dem ersten Staatsexamen die Prüfungsbelastung für die Studenten deutlich reduziert wird.

Bleiben wir im Bild des Hausbaus, muss man sich aber auch fragen, wie ein solcher Hausbau eigentlich stattfindet. Es gilt die alte Handwerkerweisheit: Bau' das erste Haus für deinen Feind, bau' das zweite Haus für deinen Freund, das dritte bau' dann für dich selber.

Dafür muss man aber Voraussetzungen schaffen: Man braucht ein Grundstück, man braucht einen Architekten, man muss einen Generalunternehmer haben, und man muss die Finanzierung geklärt haben. Und letztlich muss man hoffen, dass man das Häuschen in eine nachbarschaftliche Umgebung setzt, in der man hinterher zufrieden wird.

Wenden wir uns diesen einzelnen Punkten zu. Was ist denn mit dem Grundstück? Wir haben es für Sie vorbereitet. Die Kritik am Lehrerausbildungsgesetz 2002 ist insofern nicht angebracht, weil wir uns 2002 schon auf den Weg gemacht haben, den Bologna-Prozess in Nordrhein-Westfalen umzusetzen. Wir haben mit unseren Modellversuchen an sechs Universitäten in Nordrhein-Westfalen das Grundstück vorbereitet, und Sie werfen alles um. Sie schmeißen das Fundament weg und versuchen, ein neues Projekt zu starten, obwohl Sie auf unsere Vorarbeiten zurückgreifen könnten.

Weil Sie in dieser Art und Weise abgeräumt haben und den Modellversuch 2006 einfach haben auslaufen lassen, ohne die wissenschaftliche Evaluation, die wir gefordert hatten und die 2009 kommen sollte, abzuwarten, können Sie doch heute nicht von uns erwarten, dass wir mit eigenen Gesetzentwürfen Ihre Arbeit erledigen.

(Beifall von der SPD)

Als Nächstes brauchen Sie einen Architekten. Frau Boos hat schon die richtigen Antworten gegeben: Natürlich ist die Einsetzung der Baumert-Kommission der richtige Schritt gewesen. Man muss dem Architekten aber auch mitteilen, was man haben will. Sie haben ihm mitgeteilt, er solle sich die erste, die universitäre Phase anschauen. Herr Baumert hat es in der Anhörung ja auch gesagt: Es war eben nicht sein Auftrag, über die zweite Phase der Leh-

rer Ausbildung ein Votum abzugeben. – Wenn Sie dem Architekten also sagen: „Bau' mir ein eingeschossiges Haus“, Sie aber schon im Kopf haben, dass das Haus zweigeschossig werden soll, dann müssen Sie sich nicht wundern, dass die tragenden Elemente der zukünftigen Lehrerbildungsstruktur das Gebäude nicht halten und stützen können.

(Beifall von der SPD)

Schauen Sie sich auch noch einmal die zweite Phase an. Ich will die Diskussion an der Stelle nicht wiederholen. Die Experten haben gesagt: Es ist nicht möglich, in einer verkürzten Phase von zwölf Monaten die Handlungskompetenzen zu erlangen, die Sie mit diesem Lehrerbildungsgesetz eigentlich verorten wollen.

(Beifall von der SPD)

Kommen wir zu den Generalunternehmern. Leider ist Herr Stahl heute nicht hier. Er geht schon eine Woche vor Erscheinen des Expertenberichts der Baumert-Kommission an die Öffentlichkeit und berichtet, dass er ganz bestimmte Vorstellungen hat.

(Marc Ratajczak [CDU]: Das war intuitiv!)

– Intuitiv? Das heißt, dass das nicht wissenschaftlich basiert ist, sondern dass Sie eine politische Umsetzung wollen.

Bei der Anhebung der Lebensaltersgrenze für Lehrer in Berufskollegs haben wir das wieder erlebt: Herr Stahl posaunt: 45 Jahre! – Dann sagt sein Subunternehmer, Herr Klein, im Haushalts- und Finanzausschuss: Das gilt alles nicht, das machen wir erst in der nächsten Legislaturperiode. – Das ist insofern konsequent, als der Hauptaktionär des Unternehmens, Herr Rüttgers, immer links blinkt und dann doch rechts abbiegt.

(Beifall von der SPD)

Auch die Finanzierung müssen Sie sich anschauen, damit wir keine zusätzliche Surprime-Krise bekommen.

(Rudolf Henke [CDU]: Sie haben ein schlechtes Gewissen!)

– Ein schlechtes Gewissen haben wir nicht. Sie wissen, dass Sie im Haushalt nächstes Jahr 40 Millionen € weniger haben werden als bisher.

Wir haben schon etwas dazu gesagt, wie die einzelnen Ressourcen verteilt werden. Die eigentliche Fragestellung lautet doch: Wenn Sie eine gleich lange Lehrerbildung über alle Lehrämter generieren, müssen Sie die Besoldungsfrage für die nächsten Jahrzehnte beantworten. Es geht nicht, dass Grundschullehrer/-innen mit A 11/A 12 besoldet werden und Gymnasiallehrer/-innen ein oder zwei Besoldungsstufen höher.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, Sie kommen zum Schluss. Danke schön.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD): Ich komme zum Ende. – Ich möchte nur noch etwas zur Nachbarschaft sagen. Man muss sich in der Nachbarschaft einer Koalition ja darauf verständigen, was man eigentlich bauen will: Der gelbe Teil der Regierungskoalition möchte ein Zweifamilienhaus bauen, die schwarze Koalitionsfraktion möchte ein Dreifamilienhaus haben. Werden Sie sich einig. Ich glaube, Sie benötigen einen zweiten Hausbauversuch für einen Freund. Wenn Sie dazu nicht in der Lage sind, lassen Sie uns das machen; wir haben im Bauen von Häusern Erfahrung genug.

(Lachen von der CDU)

Ich glaube, dann wird das auch etwas. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Trampe-Brinkmann. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Dr. Hachen.

(Marc Ratajczak [CDU]: Jetzt kommt Qualität! – Ursula Meurer [SPD]: Keine Vorschusslorbeeren!)

Dr. Gerd Hachen (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich höre gerade, ich habe noch anderthalb Minuten Zeit. Gestatten Sie mir deshalb statt meiner Rede einige kurze Anmerkungen.

Frau Beer hat eben von einem Sammelsurium ungeordneter Praxiselemente gesprochen. Frau Beer, ich habe hier nicht die Zeit, das im Detail darzulegen. Ich gehe jedoch davon aus: Das ist Ihre persönliche Wahrnehmung. Die nehmen wir zur Kenntnis.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Die gilt gemeinsam!)

Wir gehen deshalb zur Tagesordnung über, weil das im Grunde in eine Strategie hineinpasst, die nicht nur Sie, sondern auch die SPD verfolgen. Es geht im Kern darum, dieses Gesetzesvorhaben zu verschleppen, zu verzögern und, wenn es geht, schließlich zu vermeiden.

(Beifall von CDU und FDP)

Erkennbar ist im Hintergrund Ihr schmerzhaftes Problem, dass diese Reform an der Ausbildung verschiedener Lehrämter orientiert ist. Das passt natürlich jemandem, der erklärtermaßen in die Einheitsschule hineinmarschieren will, überhaupt nicht ins Konzept.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Deswegen ist das gut nachvollziehbar, auch vonseiten der SPD. Herr Trampe-Brinkmann hat es eben

noch einmal deutlich gemacht. Wir stellen uns dem gern. Ich gehe davon aus: Der Wähler wird zu entscheiden haben, welches der richtige Ansatz ist. Wir sehen dem sehr gelassen entgegen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Von dieser Stelle noch herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, ich wollte noch Zwischenfragen ermöglichen. Aber sie wollen keine Zwischenfragen mehr zulassen.

(Zustimmung von Dr. Gerd Hachen [CDU])

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Hachen. – Für die FDP-Fraktion spricht als nächster Redner Herr Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe nur noch knapp zwei Minuten Redezeit. Deshalb will ich mich auf wenige Bemerkungen konzentrieren.

Die besondere Aufwertung, die wir dem Primarbereich durch die Veränderung der Lehrerbildung zuteil werden lassen, ist schon hervorgehoben worden. Zu Recht gewürdigt worden ist der neue Praxisbezug. Als Wissenschaftspolitiker will ich sagen, dass wir uns freuen, dass die Lehrerbildung über die neu geschaffenen Zentren für Lehrerbildung in das akademische Umfeld der Hochschulen eingebunden wird. Das bietet vielfältige Möglichkeiten der Weiterentwicklung. Ich gehe gleich noch mit einem Aspekt darauf ein.

Ich wende mich kurz an Sie, Herr Trampe-Brinkmann. Sie haben zusammen mit anderen die Schulstrukturdiskussion erneut eröffnet.

(Thomas Trampe-Brinkmann [SPD]: Das war gestern! – Frank Sichau [SPD]: Vor 200 Jahren!)

Mich persönlich haben Sie mit Blick auf die Einheitsschule angesprochen. Wir als Freie Demokraten sind entschieden gegen Einheits- und Gemeinschaftsschulen, wie sie in Ihrem Programm stehen. Ich sage Ihnen, dass ich mir persönlich in einer intellektuellen Diskussion eine ganze Reihe von alternativen Schulstrukturen in der Theorie vorstellen kann. Diese könnte man auf grüner Wiese neu bauen. Das können wir aber nicht, weil wir in Deutschland jahrzehntelange Traditionen und Erwartungen haben.

Ich sage Ihnen, was passieren würde, würden wir Ihr Einheitsschulmodell umsetzen. In der Mitte der Gesellschaft würden alle, die auch nur ein paar Euro zusammenkratzen können, ihre Kinder auf Privatschulen schicken, weil sie nicht in Ihr Einheitsschulmodell wollen.

(Beifall von FDP und CDU)

Was hätten Sie dann verantwortungsethisch erreicht? Sie hätten eine Spaltung der Gesellschaft erreicht, wie wir sie in anderen Ländern, die Einheitsschulen haben, erleben,

(Zuruf von Renate Hendricks [SPD])

eine Spaltung zwischen Privatschulen, die man sich leisten können muss, und zwischen öffentlichen Einheitsschulen, die nur noch von denen besucht werden, die sich nichts anderes leisten können. Das wollen Sie. Das ist die soziale Qualität Ihrer Bildungspolitik.

(Beifall von FDP und CDU)

Das sind die praktischen Konsequenzen, weil die Menschen Ihr Einheitsschulmodell nicht wollen. Sie wollen es nicht, und sie werden dann flüchten.

(Thomas Trampe-Brinkmann [SPD]: Privat vor Staat!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Schäfer?

Christian Lindner (FDP): Ja, bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Schäfer, bitte schön.

Ute Schäfer (SPD): Herr Lindner, das gibt mir die Möglichkeit, Sie wieder in die Realität des Gesetzes zurückzuholen und mit den Füßen auf den Boden zu stellen.

Sie werden heute ein Gesetz verabschieden, nach dem man Real- und Hauptschullehrer werden kann. Sie sind aber gerade dabei, im Land Verbundschulen zu gründen. Wie soll das im Bereich Kunst und Sport funktionieren? Wollen Sie unter einem Dach Kunstlehrer für die Realschule und für die Hauptschule ausbilden? Wollen Sie Sportlehrer für die Realschule und für die Hauptschule ausbilden? Das gleiche könnte ich für jedes Fach weiterentwickeln. Ist das die Praxis, die in Ihrem Gesetz verankert ist? Ist es das, was Sie meinen?

Christian Lindner (FDP): Frau Kollegin, vielen Dank für die Frage. Sie gibt mir Gelegenheit, noch einmal zu unterstreichen, dass die beiden Koalitionsfraktionen – im Übrigen auch die FDP als Partei – nicht anstreben, die unterschiedlichen Bildungsgänge zu integrieren,

(Ute Schäfer [SPD]: Genau das machen sie aber!)

sondern dass wir für vielfältige Reformen der Kooperation und Verzahnung eintreten.

(Ute Schäfer [SPD]: Wollen Sie zwei Lehrämter an einer Schule ausbilden?)

Wir wollen nicht das, was Sie voraussetzen, nämlich die Abschaffung einzelner Bildungsgänge. Ausdrücklich das wollen wir nicht.

Herr Präsident, gestatten Sie mir bitte – es dauert auch nur wenige Sekunden – zu einem letzten Aspekt Stellung zu nehmen. Lassen Sie uns die Möglichkeiten dieses Lehrerausbildungsgesetzes für die Zukunft weiterentwickeln und nutzen.

Ich bin auch nach dem, was uns die Zukunftskommission ins Stammbuch geschrieben hat, der Auffassung, dass wir mit Blick auf das lebenslange Lernen bei den Lehrern insbesondere als Arbeitgeber mehr Anstrengungen unternehmen müssen. Schaffen wir doch gemeinsam die Möglichkeit, dass jede Lehrerin, jeder Lehrer mindestens einmal in seiner beruflichen Laufbahn noch einmal an einer Hochschule „auftanken“ kann, beispielsweise in Form eines Weiterbildungsfreisemesters. Dann haben wir die Möglichkeit, Theorie und Praxis in den Zentren für Lehrerbildung im Interesse aller Beteiligten zu verbessern. Das könnte eine Initiative für die nächste Legislaturperiode sein. – Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und für Ihre Geduld, Herr Präsident.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Dr. Seidl. Bitte schön.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man möchte, dass ein ambitioniertes Vorhaben wie die Reform der Lehrerausbildung in NRW gelingen soll, dann muss man ganz klare Spielregeln vorgeben. Dann nützen das theoretische Geschwätz und der Griff in die Wunschliste allein nicht, Herr Lindner. Und Ihr Schreien hilft da auch nicht.

Wenn man weiß, dass es kaum unterschiedlichere Philosophien gibt wie die zur wissenschaftlichen Ausrichtung der Hochschulen auf der einen Seite und zur Handlungskompetenzorientierung der Studienseminare auf der anderen Seite, dann muss man sich schon überlegen, wie man Hochschulen und Schulpraktiker vernünftig zusammenbringt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will zugestehen, dass das nicht einfach ist. Aber aus der Anhörung bleibt der Gesamteindruck, dass genau dieses Ziel, eine bessere Kooperation der an der Lehrerausbildung beteiligten Akteure, mit dem vorliegenden Gesetz nicht gelungen ist.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Beer?

(Zurufe von CDU und FDP)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Ja, gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Kollegin.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Kollegin, ich wollte Sie eigentlich nicht in Ihrem Vortrag unterbrechen. Die Kooperation ist aber sehr wichtig. Frau Ministerin hat leider nicht darauf reagiert, keine Frage beantwortet. Ich möchte das aber gerne klären. Herr Dr. Hachen hat von einer Verschleppungsstrategie gesprochen. Ist meine Erinnerung richtig, dass im September 2007 zwar ein Eckpunktepapier vorgelegt worden ist, es aber bis zum Gesetzentwurf bis Ende 2008 gedauert hat und wir dann einem sehr beschleunigten Beratungsverfahren zugestimmt haben, das offensichtlich so schnell war,

(Zurufe von der CDU)

dass sogar die Regierungsfraktionsmitglieder nicht an allen Sitzungen ausreichend teilnehmen konnten? Täuscht mich meine Erinnerung, Frau Seidl, oder ist das so richtig?

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beer. Es war die Frage, ob die Erinnerung täuscht. Frau Seidl, Sie können die Frage sicher beantworten. Dann fahren Sie bitte in Ihrer Rede fort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Die Frau Ministerin hat eben behauptet, wir hätten für diesen Diskussionsprozess zwei Jahre Zeit gehabt. Der Gesetzentwurf wurde am 25. November eingebracht. Seit der Einbringung dieses Gesetzentwurfs ist also – wir können auch rechnen – ein halbes Jahr vergangen. Bei einer wichtigen Sitzung zu diesem Thema waren Sie zum Teil nicht anwesend, sodass wir diese Sitzung unterbrechen mussten. Vor dem Hintergrund hatten wir relativ wenig Beratungszeit.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich möchte nun noch einmal auf die Hochschulen eingehen. Einer der Kernpunkte im Gesetz ist das Zentrum für Lehrerbildung. Dieses wird hinsichtlich seiner Zuständigkeiten von den meisten Hochschulen nicht akzeptiert. Insofern haben wir hier schon das zweite große Problem. Der Vorsitzende der Rektorenkonferenz, Prof. Freimuth, nimmt auch diesbezüglich kein Blatt vor den Mund, indem er sagt – ich zitiere –:

Das wird in der Praxis vielleicht nicht an allen Standorten ... dazu führen; aber bei uns

– das ist in Köln –

prognostiziere ich, dass sich ein so ausgestattetes Zentrum mit den Fakultäten und der Hochschulleitung bekämpfen wird.

Also nirgendwo Friede, Freude, Eierkuchen, auch nicht an den Hochschulen.

Ein weiterer deutlicher Kritikpunkt aus unserer Sicht ist die Verkürzung der zweiten Phase. Selbst Professor Baumert, der ja im Auftrag der Landesregierung gearbeitet hat, ist äußerst skeptisch, wenn er sagt – ich zitiere –:

In welchem Maß eine Verkürzung der zweiten Phase sinnvoll ist, ist offen. Hierbei ist es entscheidend, die Funktionsfähigkeit der zweiten Phase nicht zu gefährden.

Schließlich ist voraussehbar, dass unter einem solch verkürzten Zeitrahmen bedarfsdeckender Unterricht nicht mehr in dem von allen gewünschten Maße stattfinden kann. Ein Desaster wiederum für unsere Schulen!

Es bleibt nebulös, wie die hohen Erwartungen an die viel beschworene größere Praxisnähe der Lehrerausbildung erfüllt werden können. Der Gesetzesentwurf hüllt sich hierzu in Schweigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

An keiner Stelle wird plausibel dargelegt, wie pädagogische oder fachdidaktische Kompetenzen während der Praxisphase im Studium erworben werden sollen. Deshalb sagen wir: Dieser Gesetzesentwurf ist an den entscheidenden Stellen konzeptionell nicht ausgereift.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn man Regierungsverantwortung hat, reicht es eben nicht aus, lediglich Überschriften zu produzieren. Es braucht eine klare und einvernehmliche Struktur, wie Qualitätsverbesserung stattfinden soll. Hiervon sind wir auch heute noch meilenweit entfernt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Seidl. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Prof. Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heutige Debatte hat noch einmal gezeigt, vor welchem großen Problem die beiden Oppositionsfaktionen in Wahrheit stehen. Sie müssen, wenn sie sich sachlich mit dem, was erarbeitet worden ist und heute zur Beratung vorliegt, auseinandersetzen, eigentlich aus fachlicher Erwägung zu dem Ergebnis kommen: Dem sollte man guten Ge-

wissens zustimmen können. – Das wollen Sie aber offensichtlich aus politischen Erwägungen nicht tun.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Deshalb suchen Sie jetzt eine Debatte, die davon bestimmt wird, die berühmten Haare in einer vorzüglichen Suppe herbeireden zu wollen.

(Frank Sichau [SPD]: Die Suppe in den Haaren zu finden!)

Deswegen möchte ich Gelegenheit nehmen, einige Punkte aufzugreifen, um Ihnen deutlich zu machen, wie sehr Sie bislang aus meiner Sicht am eigentlichen Thema des heutigen Tages vorbeigeredet haben.

Sie haben immerhin – das fand ich bemerkenswert – eingangs einen Grundkonsens vermuten lassen, der mich optimistisch gestimmt hatte: Vielleicht bewegt sich sogar die Opposition und stimmt zu. Sie haben nämlich gelobt, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen ihre gesetzgeberische Arbeit auf eine sehr seriöse gutachterliche Grundlage gestellt haben, nämlich auf die Expertenkommission unter Vorsitz des hochangesehenen Bildungswissenschaftlers Prof. Baumert.

Ausgehend von diesem Grundkonsens sagen Sie jetzt, aber aus diesen Empfehlungen habe man offensichtlich nichts Hinreichendes gemacht. Ich frage Sie allen Ernstes: Wie bringen Sie diese Schlussfolgerung in einen Zusammenhang mit einer Aussage von Herrn Baumert, der mit Blick auf das, was in Nordrhein-Westfalen unternommen werden soll, sagt – ich zitiere –:

Mit einer derartigen Reform kann Nordrhein-Westfalen in der Lehrerbildung eine proaktive und vielleicht sogar führende Rolle übernehmen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn sich ein Wissenschaftler viel Mühe macht, einer Landesregierung, einem Landtag Vorschläge zu unterbreiten, und am Ende eines solchen Prozesses zu einem solchen Ergebnis kommt, dann nehme ich doch für uns in Anspruch, dass wir exzellente Vorschläge auch nach Kräften exzellent zu einer Umsetzung haben führen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Es klingt an, dass gewisse Fragen, so Frau Beer, noch nicht geklärt seien. Sie machen das an der Umstellung des Vorbereitungsdienstes fest, die in einem Jahr zu einem Mehrbedarf von 13,7 Millionen € führt, und erwecken damit den Eindruck, hier sei ein Problem möglicherweise gar nicht erkannt oder böswillig nicht berücksichtigt worden.

Ich finde es bemerkenswert – diese Feststellung ist mir auch für die heute anwesenden Zuschauerinnen und Zuschauer wichtig –, dass es sich diese Landesregierung eben nicht so einfach gemacht hat wie Vorgängerregierungen, die gerade bei die Schule

betreffenden Reformen die Kosten ihrer Reformen ausgeblendet haben. Diese Landesregierung hat sehr sorgfältig auch die finanziellen Auswirkungen dieser Reform erarbeitet und dokumentiert.

Wenn Sie die Freundlichkeit haben, sich den Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf anzuschauen, werden Sie alle Positionen finden, an denen durch die Reform ein Mehrbedarf an Mitteln oder ein Minderbedarf an Mitteln ausgelöst wird. Welche Mehrausgaben per Saldo zu decken sind, können Sie folgendem Satz auf Seite 4 des Entwurfs entnehmen, den ich hier noch einmal zitieren darf:

In der Summe erfordert die Reform der Lehrerausbildung in den Jahren 2010 bis 2015 für das Land Mehrkosten von 106,2 Mio. EUR.

Darin liegt der fundamentale Unterschied zwischen dieser Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen auf der einen Seite und den Vorgängerregierungen auf der anderen Seite.

Herr Trampe-Brinkmann, Sie haben eben behauptet, Sie könnten die besseren Häuser bauen. Dass die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen dies schon 2005 anders erkannt und beurteilt haben, wissen wir.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Unsere Bereitschaft, eine Reform auch materiell zu unterlegen – wofür Frau Sommer und ich vor allem Herrn Linssen als Landesfinanzminister sehr dankbar sind; denn er muss das Ganze auch mit den Konsolidierungszielen zusammenbringen –, zeigt, dass wir solide Häuser bauen wollen. Sie haben Potemkin'sche Dörfer gebaut. Das ist der qualitative Unterschied.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich danke für mein Haus auch den Fraktionen ganz herzlich für die sehr gute Beratung und für die Unterstützung. Außerdem danke ich meiner Kollegin Frau Sommer für die exzellente Zusammenarbeit.

Wir sind hier auf einem sehr guten Weg, damit Ernst zu machen. Wir wollen bessere Schulen, weil wir den Kindern bessere Perspektiven geben wollen. Dafür brauchen wir eine bessere Lehrerausbildung. Hierfür schaffen wir auch die Grundlagen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Prof. Dr. Pinkwart. – Er bedankt sich auch bei mir dafür, dass er die Redezeit um 1:40 Minuten überziehen konnte.

Damit sind wir jetzt auch bei der Abstimmung. Es können nämlich keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, weil eigentlich alle ihre Redezeit überzogen haben. Ich darf darum bitten, das im weiteren Verlauf der Debatten nicht weiter zu tun,

sondern wieder zu den vereinbarten Redezeiten zurückzukehren, um mit Blick auf unseren heutigen Parlamentarischen Abend in der Zeit zu bleiben.

Erstens stimmen wir über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung ab. Der Ausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/9085**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/7961 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne sowie der fraktionslose Kollege Sagel. Damit ist diese Empfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen** und damit der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

(Beifall von der CDU)

Zweitens kommen wir zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/9176**. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – Die SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Drittens stimmen wir über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/9201** ab. Wer ist für diesen Antrag? – Grüne und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Herr Sagel. Damit ist auch dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Damit sind wir am Ende von TOP 2 und kommen zu:

3 Altersrücklage von SGB-II-Beziehenden wirklich schützen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9064

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/9202

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9203

Ich eröffne die Beratungen und erteile für die Fraktion der Grünen Frau Kollegin Steffens das Wort.

Die Kollegen, die den Saal verlassen, darf ich bitten, das leise zu tun, damit wir hier in der Tagesordnung fortfahren können und Frau Steffens Gelegenheit hat, ihren Redebeitrag an die Ohren der Kolleginnen und Kollegen zu bringen. – Bitte schön, Frau Steffens. Das Mikrofon ist auf.